

**Antrag**  
**der Fraktion DIE GRÜNEN**

**Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze**

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

1. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Oder-Neiße-Grenze ohne Wenn und Aber und ohne Verknüpfung mit anderen Themen anzuerkennen.
2. Der Deutsche Bundestag regt an, daß unmittelbar nach freien Wahlen in der DDR nicht nur die Regierungen der beiden deutschen Staaten, sondern auch beide deutsche Parlamente folgende gemeinsame Erklärung zur polnischen Westgrenze abgeben:  
„Das polnische Volk soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.“
3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit den Regierungen der DDR und der Republik Polen einen Grenzvertrag in diesem Sinne zu formulieren und zu paraphieren.
4. Die Bundesregierung hat anzustreben, daß dieser Grenzvertrag im Rahmen der Deutsch-Alliierten Konferenz (2+4+Polen) unterschrieben und von den Parlamenten ratifiziert wird. Die Alliierten werden zu Garantiemächten des Grenzvertrages.
5. Der deutsch-polnische Grenzvertrag wird Bestandteil der von der KSZE II-Konferenz zu verabschiedenden europäischen Friedensordnung.

II.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Errichtung einer Stiftung zur Entschädigung der Zwangsarbeiter des NS-Regimes ohne alle Verzögerungen einzuleiten.

Bonn, den 6. März 1990

**Hoss, Frau Schoppe, Frau Dr. Vollmer und Fraktion**

